AKTIV.IST.IN ♀

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 1 /MÄRZ 2023

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

ENTRECHTET & EINGESPERRT

Österreich muss Frauen aus Afghanistan aufnehmen

ICH HATTE EIN ZUHAUSE

Das Leiden älterer Menschen im Krieg in der Ukraine

SETZ DICH EIN

für Frauen in Gefahr in Guatemala, Thailand, Palästina

NETZWERK FRAUENRECHTE

♀ AMNESTY INTERNATIONAL

AKTIV.IST.IN NR. 165
AMNESTY-NETZWERK
FRAUENRECHTE
MÄRZ 2023

NETZWERK FRAUENRECHTE
AMNESTY INTERNATIONAL

WEB
frauenrechte.amnesty.at

E-MAIL
frauenrechte@amnesty.at

FACEBOOK
@amnestynetzwerkfrauenrechte

TWITTER
@AIFrauenrechte

INSTAGRAM
amnesty_frauenrechte

SPENDENKONTO
BIC: GIBAATWWXXX
IBAN: AT14 2011 1000 0031 6326
lautend auf
AMNESTY INTERNATIONAL
ÖSTERREICH
Verwendungszweck:
NETZWERK FRAUENRECHTE

Spenden an Amnesty sind steuerlich absetzbar.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Im Moment scheint es einfacher, sich zu Hause zu verkriechen, Tee zu trinken und keine Zeitung mehr zu lesen. Es ist sehr viel: Krieg in der Ukraine, Herrschaft der Taliban in Afghanistan, friedliche Demonstrationen werden im Iran und Thailand brutal niedergeschlagen, sexuelle Gewalt in Südkorea, Frauenmorde in Mexiko und weltweit ... Umso wichtiger ist es, dass wir uns für Menschenrechte einsetzen. Wir leben in einem sicheren Land. In Österreich können Frauen selbständige Leben führen, arbeiten, studieren, über ihre Körper und Kleidung selbst entscheiden, und unsere Häuser sind nicht durch Bomben zerstört. Das ist nicht selbstverständlich.

Aktuell wenden wir uns in einem offenen Brief an den österreichischen Außenminister Schallenberg und an Innenminister Karner, denn wir müssen unsere Stimmen für die Frauen in Afghanistan erheben. Seit August 2021 sind Frauen und Mädchen aller Rechte beraubt. Es ist alles verboten, was eigenständig macht: Arbeit, Bildung, Sport und gesellschaftliche Teilhabe. Mädchen werden zwangsverheiratet, damit sie nicht mehr hungern müssen.

Wir können es uns nicht mehr leisten, dabei wegzusehen. Eine sichere Flucht, Visa und Aufenthaltsgenehmigungen sind zwingend notwendig, um weitere Menschenrechtskatastrophen zu verhindern.

Laut UN sind bereits mehr als 8 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Das wären fast alle Einwohner*innen Österreichs! Doch ältere Menschen sind gesundheitlich nicht mehr in der Lage zu fliehen und bleiben in Kriegsgebieten ohne Infrastruktur zurück. Die 76-jährige Hanna Selivon in Tschernihiw beschreibt es so: „Alle in unserer Straße sind weg. Die Einzigen, die übrig blieben, waren ich und zwei andere ältere Frauen."

Wer das Gefühl hat, alleine nichts bewirken zu können, kann sich einem Verein oder einer Gruppe anschließen. Wer uns unterstützen möchte, unterschreibt bitte die Appell-Briefe am Ende dieser Ausgabe. Alles ist besser, als zu Hause Tee zu trinken. Dein Einsatz hilft und wirkt.

Mit herzlichen Grüßen
Teresa Elser
Mitglied des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte

INHALT

© Kiana Hayeri / Amnesty International

3 ERFOLGE Gute Nachrichten
4 ÖSTERREICH muss Frauen aus Afghanistan aufnehmen
6 IRAN Bei uns Alltag. Im Iran ein Verbrechen
7 IRAN Todesstrafe für Protestierende stoppen
8 UKRAINE Ich hatte einmal ein Zuhause
10 REFLEXION Sprache, Kultur und Identität
12 MEXIKO Gerechtigkeit für getötete Frauen
14 GUATEMALA Vier Jahre Haft für Staatsanwältin
15 THAILAND Aktivist*innen freilassen
16 SÜDKOREA Google muss Frauen vor Online-Gewalt schützen
17 PALÄSTINA Aktivist*innen freilassen
18 ÜBER UNS Jahresbericht 2022
20 DIES & DAS Kurzmeldungen
21 APPELLBRIEFE Bitte absenden!
27 NATALIYA KOBRYNSKA Pionierin der ukrainischen Frauenbewegung
28 BITTE SPENDE! Impressum

GUTE NACHRICHTEN

Danke für Deine Unterstützung!

FINLAND STÄRKT RECHTE VON TRANSPERSONEN. Finnland hat ein neues Gesetz verabschiedet, das das Recht auf eine Änderung des Geschlechtseintrags durch Selbsterklärung gewährt. Ein medizinisches und psychiatrisches Genehmigungsverfahren ist für die rechtliche Anerkennung des Geschlechts nun nicht mehr erforderlich. Bisher mussten trans Menschen eine ärztliche Bescheinigung über ihre Sterilität vorlegen. Das neue Gesetz wurde vom finnischen Parlament mit 113 zu 69 Stimmen verabschiedet.

„Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes hat Finnland einen wichtigen Schritt getan, um die Rechte von trans Menschen zu schützen und ihr Leben und ihr Recht auf Selbstbestimmung zu verbessern“, sagte Matti Pihlajamaa, zuständig für LGBTI-Rechte bei Amnesty International Finnland.

IRAN: HAFTURLAUB FÜR MASSUD MOSSAHEB. Ende November wurde dem zu Unrecht im Iran inhaftierten Österreicher Dr. Massud Mossaheb endlich medizinischer Hafturlaub gewährt. Der 76-jährige Österreicher Dr. Massud Mossaheb war zu Unrecht in Teheran inhaftiert und befand sich seit Jänner 2019 im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran. Während seiner Haft verschlechterte sich sein Gesundheitszustand immer weiter. Amnesty International fordert seit Jahren seine bedingungslose Freilassung sowie angemessene medizinische Versorgung. Massud Mossaheb hätte nie inhaftiert werden dürfen und darf nun nicht erneut inhaftiert werden.

TÜRKEI: URTEILE GEGEN AMNESTY-VERTRETER*INNEN AUFGEHOBEN. Das oberste türkische Berufungsgericht am 22.11.2022 die Urteile gegen Taner Kılıç, den Ehrenvorsitzenden der türkischen Amnesty-Sektion, İdil Eser, die frühere Amnesty-Direktorin, sowie die beiden langjährigen Amnesty-Mitglieder Günal Kurşun und Özlem Dalkıran aufgehoben. Das Kassationsgericht entschied damit über den Widerspruch der vier Menschenrechtsverteidiger*innen gegen ihre Verurteilungen zu Haftstrafen aufgrund haltloser „Terrorismus“-Vorwürfe.

İdil Eser, Taner Kılıç, Günal Kurşun, Özlem Dalkıran, (von links)

Amnesty International begrüsst das Urteil. Die Annulierung der Urteile gegen führende Amnesty-Vertreter*innen war überfällig. Unsere Kolleg*innen werden seit fünf Jahren für ihre legitime und wichtige Menschenrechtsarbeit verfolgt.
Sie hätten gar nie angeklagt werden dürfen. Die Vorwürfe gegen sie sind konstruiert und wurden vor Gericht widerlegt.

PHILIPPINEN: FRIEDENSNOBELPREISTRÄGERIN MARIA RESSA FREIGESPROCHEN. Ein Gericht hat die philippinische Journalistin und Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa vom Vorwurf der Steuerhinterziehung freigesprochen. Ressa und ihre Website Rappler berichteten in der Vergangenheit regelmäßig kritisch über den ehemaligen Präsidenten Duterte und seine Regierung. Dafür gingen philippinische Behörden mit mehreren Strafverfahren gegen sie vor. Amnesty International ist der Ansicht, dass diese Vorwürfe politisch motiviert sind.
Seit 2018 sind die Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa und ihre Website Rappler gemeinsam mit mehreren Strafverfahren und Ermittlungen konfrontiert, dazu zählen angebliche Steuervergehen und Verstöße gegen das Verbot der ausländischen Kontrolle über Medien.

„Pressefreiheit ist das Fundament jedes einzelnen bürgerlichen Rechts“, erklärt Maria Ressa bei einer Pressekonferenz 2020.

© Kiana Hayeri / Amnesty International

Frauen aus allen gesellschaftlichen Bereichen in Österreich fordern konkrete Aufnahmeprogramme für Frauen aus Afghanistan.

AFGHANISTAN

FRAUEN STERBEN EINEN LANGSAMEN TOD

Aus den Augen – aus dem Sinn? Während die Welt – darunter auch Österreich – wegschaut, rutscht Afghanistan immer tiefer in eine akute Menschenrechts- und humanitäre Krise. In einem offenen Brief forderte Amnesty International Ende Jänner gemeinsam mit mehr als 150 Frauen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft, Kultur und Medien Innenminister Karner und Außenminister Schallenberg öffentlich auf, zumindest für die am meisten gefährdeten Menschen, darunter Frauen, Mädchen und Kinder, legale Möglichkeiten zu schaffen, Afghanistan zu verlassen und Asyl zu erhalten.

Die Liste der Unterzeichnerinnen ist lang und prominent: Neben Vertreterinnen zahlreicher heimischer NGOs, wie etwa die Direktorin der Diakonie Österreich Maria Katharina Moser, die Geschäftsführerin der Volkshilfe Wien Tanja Wehsely oder Edit Schlaffer von women without borders, stellen sich auch Frauen aus Kultur und Medien in den Dienst der Sache, so etwa Schauspielerin Adele Neuhauser, Malerin Xenia Hausner, Volksopern-Direktorin Lotte de Beer oder die Schriftstellerin Alex Beer, genauso wie Autorin Elfriede Hammerl oder die ehemalige ORF-Programmdirektorin Kathrin Zechner. Unterzeichnet hat auch die Journalistin und ehemalige Kriegsberichterstatterin Antonia Rados, die selbst viele Male in Afghanistan war und die Situation vor Ort genau kennt; außerdem Birgit Lauda, Elfriede Hanappi-Egger, Rektorin der Wirtschaftsuniversität Wien oder die Politikwissenschaftlerin Petra Ramsauer, genauso wie Migrationsforscherin Judith Kohlenberger und die Botschafterin Afghanistans in Wien, Manizha Baktari, um nur einige zu nennen.

FRAUEN IN ÖSTERREICH FORDERN AUFNAHME IN ÖSTERREICH. Mit ihrer Unterschrift erheben die Frauen hier in Österreich ihre Stimme für die Frauen und Mädchen in Afghanistan, die in ihrem Protest und Widerstand nicht laut sein können, und machen auf die dramatische Situation vor Ort aufmerksam. Gleichzeitig fordern sie die politischen Verantwortlichen hier auf, wieder hinzuschauen, in dieses Land, in dem sich eine Menschenrechtskatastrophe abspielt. Und zumindest einzelnen Menschen die sichere Flucht und Aufnahme in Österreich zu ermöglichen – sei es durch längst fällige Familienzusammenführungen, sei es durch die Ausgabe von Visa und Aufenthaltsbewilligungen an Frauen und Mädchen, die in Afghanistan ihr Studium

bzw. ihre Schulausbildung nicht fortsetzen dürfen, oder sei es durch die Einrichtung eines humanitären Aufnahmeprogramms für besonders schutzbedürftige Personen, insbesondere für Frauen, Mädchen und Menschenrechtsverteidigerinnen.

„ES FÜHLT SICH ALLES FALSCH AN. IST DAS EIN LEBEN?“ „Vor mehr als einem Jahr sprach Außenminister Schallenberg davon, die Taliban an ihren Taten zu messen. Nun ist es an der Zeit, Österreich an seinen Taten zu messen“, wendet sich Annemarie Schlack direkt an die politisch Verantwortlichen. Dabei stellt sie die Realität in drastischer Weise klar: Nirgends auf der Welt werden Frauen so schlecht behandelt und ihrer Rechte beraubt wie in Afghanistan. Das System der Taliban ist eine einzige Hierarchie der Frauenunterdrückung.
Und weiter: „Trotz anfänglicher gegenteiliger Beteuerungen haben die Taliban seit ihrer Machtübernahme im August 2021 Maßnahmen zur systematischen Diskriminierung der weiblichen Bevölkerung eingeführt. Den meisten Frauen und Mädchen werden der Zugang zu Bildung und Arbeit sowie die Teilnahme am öffentlichen Leben verweigert. Mittlerweile wurde ihnen verboten, in Parks und Fitnessstudios zu gehen und vor rund einem Monat wurden sie auch von den Universitäten ausgeschlossen“, so Schlack weiter. Bereits im Sommer 2022 hat Amnesty International unter dem Titel „Tod in Zeitlupe“ Berichte veröffentlicht, aus denen klar hervorgeht, dass Frauen und Mädchen in Afghanistan kaum mehr ein menschenwürdiges Leben führen können, weil ihre Rechte in allen Lebensbereichen unterdrückt werden. „Ich war eine arbeitende Frau. Jetzt sitze ich zu Hause und habe nichts zu tun. Es fühlt sich alles falsch an“, beschreibt es etwa eine Frau gegenüber Amnesty International. „Alles, was ich sehe, sind die Wände um mich herum. Ich kann nicht einmal aus dem Haus gehen. Ist das Leben?“, so eine andere.
Der Verlust der Arbeit bedeutet auch für viele Familien eine enorme wirtschaftliche Belastung – die jetzt, im zweiten Winter seit der Machtübernahme durch die Taliban, noch schwerwiegender zum Tragen kommt. Das Land steckt in einer veritablen Wirtschaftskrise und Menschen verhungern. „Ich hätte mir niemals vorstellen können, dass wir einmal kein Essen auf dem Tisch haben würden“, erzählt eine Frau in dem Bericht von Amnesty International. Dramatisch ist auch die Situation für Opfer von häuslicher Gewalt, und die Zahl der Kinder-, Früh- und Zwangsverheiratungen ist wieder stark angestiegen.

AUS DEM OFFENEN BRIEF AN INNENMINISTER KARNER UND AUSSENMINISTER SCHALLENBERG

Die Frauen in Afghanistan können in ihrem Protest und Widerstand nicht laut sein, aber wir Frauen in Österreich sind es.

Wir fordern Außenminister Schallenberg und Innenminister Karner auf, wieder hinzuschauen, in dieses Land, in dem sich eine Menschenrechtskatastrophe abspielt.

Konkret fordern wir, Frauen und anderen schutzbedürftigen Menschen wie Menschenrechtsaktivist*innen die sichere Flucht nach und Aufnahme in Österreich zu ermöglichen – sei es durch längst fällige Familienzusammenführungen, sei es durch die Ausgabe von Visa und Aufenthaltsbewilligungen an Frauen und Mädchen, die in Afghanistan ihr Studium bzw. ihre Schulausbildung nicht fortsetzen dürfen oder sei es durch die Einrichtung eines humanitären Aufnahmeprogramms für besonders schutzbedürftige Personen, insbesondere für Frauen, Mädchen und Menschenrechtsverteidiger*innen.

Den offenen Brief an Außenminister Schallenberg und Innenminister Karner mit allen Unterzeichnerinnen findest du auf amnesty.at

ALLTAG BEI UNS. IM IRAN EIN VERBRECHEN

Die Körper und Leben von Frauen und Mädchen werden im Iran gnadenlos staatlich kontrolliert und beschränkt. Der Widerstand wächst und mit ihm die Gefahr.

PETITION!
Bitte unterschreibe die Petition und fordere die Freilassung von Narges Mohammadi.
amnesty.at/sensible-inhalte

Stell dir vor, dass du jeden Tag, bevor du das Haus verlässt, entscheiden musst, welches Risiko du einzugehen bereit bist. Willst du heute von deiner persönlichen Freiheit Gebrauch machen und tragen, was du willst? Oder beugst du dich dem Zwang, um eine Verhaftung oder einen Angriff zu vermeiden? Das mag wie eine fiktive Dystopie klingen, ist es aber nicht. Es ist die Realität für Millionen von Frauen und Mädchen im Iran.
Sie werden gezwungen, ihr Haar gegen ihren Willen zu bedecken.
Die Körper und Leben von Frauen und Mädchen werden im Iran staatlich kontrolliert und beschränkt.
Nach den Schleierpflichtgesetzen müssen Frauen und Mädchen – bereits im Alter von sieben Jahren – ihr Haar bedecken, egal ob es ihrer religiösen Überzeugung entspricht oder nicht.
Frauen, die das nicht tun, werden vom Staat als Kriminelle behandelt.
Im September 2022 brachen im Iran landesweit Proteste aus, nachdem eine 22-jährige Frau von der Sittenpolizei festgenommen worden war und in Polizeigewahrsam starb. Seitdem gehen im Iran tausende Menschen auf die Straßen und treten mutig für Freiheit und Menschenrechte ein.
Viele von ihnen haben einen hohen Preis für ihren Einsatz bezahlt, manche sogar mit ihrem Leben. Denn die iranischen Behörden gehen mit Gewalt, Verhaftungen und Hinrichtungen gegen die Protestierenden vor.

YASAMAN ARYANI IST DANK UNSERER UNTERSTÜTZUNG FREI! Sie war im Gefängnis, weil sie dafür kämpft, dass Frauen im Iran selbst entscheiden dürfen, wie sie sich kleiden.
Um den internationalen Frauentag 2019 zu feiern, verteilte die junge Frau Blumen in

der Teheraner U-Bahn. Sie trug dabei kein Kopftuch und sprach über ihre Hoffnung für Frauenrechte im Iran. Das Video der Aktion verbreitete sich schnell in den sozialen Medien.Am 10. April 2019 wurde die damals 24-jährige Yasaman festgenommen. Sie wurde zu neuneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Am 15. Februar 2023 wurden sie und ihre Mutter Monireh Arabshahi freigelassen.

NARGES MOHAMMADI ist noch im Gefängnis, weil sie seit vielen Jahren für Frauenrechte und gegen die Todesstrafe im Iran kämpft. Narges Mohammadi hat kein Verbrechen begangen. Sie hat sich friedlich für Menschenrechte eingesetzt.
Zeigen wir ihr und anderen zu Unrecht inhaftierten Frauen durch unsere Solidarität, dass die Welt zusieht und dass wir nicht müde werden, Gerechtigkeit für sie zu fordern.

IRAN

FOLTER UND TODESSTRAFE FÜR PROTEST

Die iranischen Behörden müssen alle Hinrichtungen im Zusammenhang mit den landesweiten Protesten sofort stoppen.

Am 12. Dezember 2022 wurde Majidreza Rahnavard nach einem unfairen Scheinprozess durch die iranischen Behörden öffentlich hingerichtet. Sein Urteil steht im Zusammenhang mit den seit September andauernden landesweiten Protesten im Iran. Am 7. Januar wurden mit Mehdi Karami und Seyed Mohammad Hosseini zwei weitere Personen willkürlich hingerichtet. Zahlreichen weiteren Menschen droht die Todesstrafe.
Die iranischen Behörden müssen unverzüglich die ungerechtfertigten Verurteilungen und Todesurteile gegen drei junge Demonstranten aufheben, die grausamer Folter ausgesetzt waren, darunter Auspeitschungen, Elektroschocks, Kopfüber-Aufhängen und Morddrohungen mit vorgehaltener Waffe, forderte Amnesty International im Februar. Amnesty erfuhr, dass Agenten der Revolutionsgarden einen von ihnen vergewaltigten und einen anderen sexuell folterten, indem sie ihm zwei Tage lang Eis auf die Hoden legten.

ERZWUNGENE GESTÄNDNISSE. Javad Rouhi, Mehdi Mohammadifard und Arshia Takdastan droht im Iran die Hinrichtung. Sie wurden im Zusammenhang mit den Protesten in Nouschahr in der Provinz Mazandaran in einem unfairen Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt. Das Revolutionsgericht wirft ihnen vor, durch Tanzen, Klatschen, Gesang und das Verbrennen von Kopftüchern „zu Unruhen angestiftet“ zu haben. Die Behörden unterzogen sie Schlägen, Auspeitschungen, Elektroschocks, Erfrierungen, Morddrohungen und sexualisierter Gewalt, um „Geständnisse“ von ihnen zu erzwingen.
„Es ist abscheulich, dass in den meisten Staaten der Welt die Todesstrafe zwar der Vergangenheit angehört, die iranischen Behörden sie jedoch zunehmend für Straftaten wie Brandstiftung oder Vandalismus verhängen, was eine grobe Verletzung des Völkerrechts darstellt. Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Druck auf die iranischen Behörden auszuüben, damit diese ihre Verletzung des Rechts auf Leben beenden. Wir fordern ferner alle Staaten auf, die universelle Gerichtsbarkeit über alle iranischen Beamten auszuüben, die der strafrechtlichen Verantwortung für Verbrechen nach dem Völkerrecht und anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen verdächtigt werden“, sagte Diana Eltahawy.
Die iranischen Behörden müssen alle Hinrichtungen im Zusammenhang mit den landesweiten Protesten sofort stoppen.

TODESURTEILE AUFGEHOBEN

Die iranische Aktivistin Zahra Sedighi-Hamadani (Foto) und Elham Choubdar, waren aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und weil sie sich für LGBTIQ-Rechte einsetzen, im August 2022 zum Tode verurteilt worden. Die Verfahren, die zur Verurteilung der beiden Frauen führten, waren grob unfair. Als sich die Nachricht von ihrer Verurteilung in der ganzen Welt verbreitete, wurden Zehntausende Amnesty-Unterstützer*innen aktiv, unterzeichneten Petitionen, schickten E-Mails an die Botschaft und forderten, die Hinrichtungen zu stoppen.

Ende Dezember 2022 hob der Oberste Gerichtshof das Todesurteil für Zahra Sedighi-Hamadani und Elham Choubdar auf. Der Fall muss neu verhandelt werden.

Danke allen, die sich für Zahra und Elham einsetzten!

ICH HATTE EINMAL EIN ZUHAUSE...

Hanna steht in ihrem zerstörten Haus in Tschernihiw, Ukraine. Juli 2022.

Ältere Menschen sind besonders gefährdet, bei russischen Angriffen getötet zu werden und finden nach einer Vertreibung schwerer Wohnraum.

Für ältere Menschen in der Ukraine ist das Risiko, bei Angriffen der russischen Streitkräfte verletzt oder getötet zu werden, unverhältnismäßig hoch. Auch ist es für sie viel schwerer, nach einer Vertreibung neuen Wohnraum zu finden. Das zeigt der neue Bericht von Amnesty International *„I used to have a home: Older people's experience of war, displacement, and access to housing"*. Der Amnesty-Bericht zeigt auf, dass ältere Menschen häufig in den Konfliktgebieten bleiben. Oft sind sie einfach nicht mehr in der Lage, zu fliehen, obwohl die Lebensbedingungen in den stark beschädigten Wohnungen gefährlich sind. Diejenigen, die noch fliehen können, können sich oft die Mietkosten ihrer neuen Unterkunft nicht leisten. Deswegen sind Tausende in völlig überfüllten staatlichen Einrichtungen untergebracht, die aufgrund von Personalmangel die erforderliche Betreuung nicht gewährleisten können. Die ukrainische Regierung hat erhebliche Anstrengungen zur Evakuierung der Bewohner*innen von Konfliktgebieten unternommen. So hat sie im Juli die obligatorische Evakuierung von rund 200.000 Menschen aus der Region Donezk angekündigt.

Doch die Kosten und die Logistik für die Bereitstellung von Wohnraum für ältere Kriegsflüchtlinge sollten nicht allein von der Ukraine getragen werden. Amnesty International fordert andere Länder auf, die Evakuierung älterer Menschen in geeignete Unterkünfte im Ausland zu unterstützen, wo immer dies möglich ist. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf Personen mit Behinderungen liegen. Internationale Organisationen sollten mehr tun, um ältere Menschen finanziell zu unterstützen, damit sie sich eine Wohnung leisten können. In Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden sollten sie in die Liste derjenigen aufgenommen werden, die bei der Unterbringung in neu gebauten Wohnungen Vorrang haben.

UNVERHÄLTNISMÄSSIG HOHE RISIKEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN. In der Ukraine machen die über 60-Jährigen knapp ein Viertel der Bevölkerung aus. Gleichzeitig sind ältere Menschen unverhältnismäßig stark von den Angriffen betroffen: Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, das Daten über zivile Opfer in der Ukraine sammelt, machten Menschen über 60 Jahre 34 % der

von Februar bis September 2022 getöteten Zivilpersonen aus (sofern ein Alter angegeben wurde).
Ältere Menschen, die häufiger gesundheitliche Probleme haben, sind auch in den besetzten Gebieten stärker gefährdet. Dort haben die russischen Streitkräfte den Zugang für humanitäre Hilfe stark eingeschränkt, was eine massive Verletzung des Völkerrechts darstellt.
Einige Senior*innen haben sich dafür entschieden, in ihrem Zuhause zu bleiben. Andere berichteten Amnesty International, dass sie nicht fliehen konnten, weil sie nur unzureichend über die Evakuierungsmaßnahmen informiert worden waren.

IN BESCHÄDIGTEN HÄUSERN ÜBERLEBEN. Etwa Liudmyla Zhernosek, 61 Jahre alt, die mit ihrem 66-jährigen Mann, der einen Rollstuhl benutzt, in Tschernihiw lebt. Sie sagte: „Ich sah jeden Tag jüngere Leute mit Rucksäcken an meinem Haus vorbeigehen. Erst später erfuhr ich von anderen im Treppenhaus, dass sie ins Stadtzentrum gingen, da von dort aus noch Evakuierungen stattfanden. Aber das wären 40 Minuten Fußmarsch gewesen, ich konnte das mit meinem Mann nicht schaffen. Niemand hat uns von Evakuierungen erzählt, ich habe es immer erst hinterher erfahren."
Amnesty International hat auch dokumentiert, dass ältere Menschen in Wohnungen ohne Strom, Gas oder fließendes Wasser leben. Fenster oder Dächer, die während der Kämpfe beschädigt worden waren, boten vor Regen, Schnee und Kälte keinen Schutz mehr.
Als Amnesty die 76-jährige Hanna Selivon in Tschernihiw befragte, war nur das Badezimmer überdacht, wo Freiwillige eine Matratze

Alla vor der Garage ihres zerstörten Hauses in Tschernihiw, Oktober 2022
© Amnesty International

in die Badewanne gelegt hatten, damit sie schlafen konnte. Hanna sagte: „Alle in unserer Straße sind weg. Die Einzigen, die übrig blieben, waren ich und zwei andere ältere Frauen... Eine hatte eine Behinderung. Wir konnten einfach nirgendwo hingehen. Ich versteckte mich in einem Loch in meinem Keller... Am 29. März gab es viel Beschuss, und als ich [aus dem Keller] herauskam, sah ich, dass Flammen loderten... dass [mein Haus] brannte. Ich konnte meine Beine nicht bewegen."

VERANTWORTUNG FÜR KRIEGSVERBRECHEN. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 dokumentiert Amnesty International Kriegsverbrechen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht.
Amnesty International hat in den vergangenen Monaten wiederholt dazu aufgerufen, die Verantwortlichen für die Aggression gegen die Ukraine sowie für Menschenrechtsverstöße und Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Amnesty International begrüßt die fortlaufenden Untersuchungen des Internationalen Strafgerichthofes in der Ukraine sowie die Ermittlungen des Generalbundesanwalts in Deutschland. Eine umfassende Einforderung der Rechenschaftspflicht kann nur mit konzertierten Aktionen der Vereinten Nationen und ihrer Organe und mit Initiativen auf nationaler Ebene gemäß dem Weltrechtsprinzip gelingen.

Den englischen Bericht „I used to have a home': Older people's experience of war, displacement, and access to housing" und alle Infos zum russischen Angriff auf die Ukraine findest du auf amnesty.at

SPRACHE, KULTUR UND IDENTITÄT

Ein zerrissenes kulturelles Zugehörigkeitsgefühl erleben manche Migrant*innen schon, bevor sie die Heimat verlassen. Das macht die Suche nach der eigenen Identität noch schwieriger.

Von Ludmila Tino Sirbu, Juristin, Mitbegründerin und Obfrau der NGO MoldWien und Mitglied des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte

Über ihr Geburtsland sagt Ludmila: „Ich bin geboren in Transnistrien, einer Region, die bis 1992 eine friedliche war. Mit der Hilfe und unter der Führung der Russen haben sie 1992 einen Sezessionskrieg angefangen und in Folge hat sich Transnistrien als autonom von der Republik Moldova erklärt. Die internationale Staatengemeinschaft hat den neuen Staat nie anerkannt. Nur Moskau hat es getan, und bis heute lebt dieser unter russischem Einfluss. Diese Entwicklung hat dem ganzen Volk zu schaffen gemacht, und wir als Junge haben am meisten darunter gelitten. Unter dieser Voraussetzung hat meine Jugend stattgefunden.“

Es scheint eine Nebensache zu sein: Identität. Und doch schleicht es sich ungesehen in jede Handlung, in jede Geste, in jeden Gedanken ein. Identität bestimmt unsere Entscheidungen. Wir gehören zu einer Gemeinschaft, die uns definitiv geprägt hat. Anthropologischen Studien zufolge werden drei Viertel unserer Entscheidungen unbewusst getroffen.

Erkenne dich selbst, sagt das Sprichwort. Aber wer sind wir? Die Nation, das Volk, in dem du geboren wurdest und das dich formt? Das ist es, das dir dein Bezugssystem eingepflanzt hat. Ohne dieses Bewusstsein sind wir ärmer oder gar machtlos gegenüber den täglichen Herausforderungen.

Gemischte Familien, Völker mit gemischten Einflüssen, sind oft stärker, sozial und körperlich widerstandsfähiger.

Und doch wird durch das Akzeptieren der angenommenen Identität innerer Frieden und Trost gegeben. Eine Nation zeichnet sich dadurch aus, dass sie ein kollektives Unterbewusstsein annimmt. Es ist schwierig, sogar unmöglich, eine Identität anzunehmen, von der wir nicht wissen, dass sie die wahre ist.

Ich bin eines der Kinder, die an der Grenze geboren wurden. In einem Niemandsland, das römische und slawische Zivilisation und Kultur trennen. Das in der Schule gelernte Alphabet war kyrillisch, slawischen Ursprungs. Viel später habe ich das lateinische übernommen. Eine ganze Welt veränderte ihr Aussehen, ich war ein Schulkind. Erinnerungen an die Schule enden in einem bitterkalten Winter. Meine Schuhe hatten Löcher. Ich lief fast barfuß durch den Schnee. Früher bin ich die knapp 20 Kilometer täglich zu Fuß gegangen. Zur Schule im Nachbardorf. Bei uns gab es keine Schule. Aber mit Ehrgeiz bin ich gegangen. Mit dem Ehrgeiz zu lernen, zu verstehen, auf welchem Boden ich mich bewege.

Es war Morgen. Ein Wintermorgen mit einer kaum hervorschielenden Sonne. Opa hat mich sanft geweckt: „Heute fahren wir ins Paradies.“ „In welches Paradies?“, fragte ich verzaubert. Er öffnete langsam, zu langsam für meine Ungeduld, das Schloss an der Schuppentür. „Komm“, bot er mir heimlich an. Am dunklen Ende des Schuppens war ein mit alten Laken bedeckter Stapel zu sehen. Irgendwo darunter ragte ein Fahrradlenker hervor. Er legte die Laken beiseite. Ein großer Stapel Bücher kam zum Vorschein. Das war das Paradies. Ich nahm ein Buch in die Hand. Ich war voll mit Staub. Ich habe versucht zu lesen. Unmöglich! Es war auf Rumänisch geschrieben, also in der Sprache, in der wir täglich miteinander kommunizierten. In der Schule haben wir nur Russisch gelernt. Opa hat meine Augen gesehen. Er seufzte, nahm das Buch zwischen seine Finger und wischte es liebevoll mit dem Handrücken ab. Er legte mir

das Buch wieder in die Hand: „Wenn sie dir in der Schule nicht beibringen, in deiner Sprache zu lesen und zu schreiben, in unserer Sprache, dann werde ich es dir beibringen. Aus dieser Sprache sind wir gemacht. Ohne sie sind wir nichts.“ Er seufzte erneut, fuhr sich mit der Hand über den Knöchel, wie er es immer tat, wenn das Wetter umschlug. Er war im Krieg schwer verwundet geworden. Eine Kugel steckte in seinem Knöchel. Immer, wenn es anfing zu regnen, hatte er Schmerzen. Er war das Thermometer des Hauses.

„Ich werde Lesen lernen und ich werde sie alle lesen“, antwortete ich. Und so nahm die Realität um mich herum Farbe an. In der Schule flüsterte ich mit meinen Freundinnen und Freunden. Ich erzählte ihnen, was ich im Schuppen las, wo das Paradies begonnen hatte.

Die Unterschiede zwischen Völkern, Kulturen beginnen bei der Sprache, Sprache ist nicht nur ein virtueller Transportmechanismus, sondern auch ein Speicher von Einstellungen. Ein virtuelles Trainingsgelände. Als Kind habe ich Moldawisch gesprochen, aber ich habe auch auf Russisch gedacht. Ich lebte in einer Spaltung, die mich an Ort und Stelle hielt, während die Entwicklung ins Stocken geriet. Das Problem war nicht nur meins, jede*r in meinem Alter hat es erlebt und darunter gelitten, ich wusste nicht mehr, ob Brot Brot oder Hleb (wie es auf Russisch heißt) war. Wir lebten in einer sprachlichen Mischung, die die Wahrnehmung verdeckte. Unsicher haben wir versucht, uns zu entwickeln, ohne Richtlinien und ohne Anleitung.

Die Politik trennte uns von den Traditionen und der Kultur der Nation. Es fand ein kultureller Völkermord statt, der uns verstümmelte. In jeder Gemeinschaft gibt es eine Nabelschnur, die uns verbindet und uns mit den von der

Beklemmende Kindheitserinnerungen in Transnistrien: Panzerfahrzeuge mit der Aufschrift „Tod den Besetzern“
© veridica.ro, oficial.md

Gesellschaft angesammelten spirituellen Werten nährt. Dieser Zugriff wurde uns verweigert. Die Ahnenmatrix blieb unbekannt. Ihr Platz blieb in unserem Bewusstsein leer. Wir wiederum lehnten eine fremde Matrix ab, und jetzt segeln wir ohne diesen Kompass. Jede*r Migrant*in kennt diese Situation. Dies ist einer der Gründe, warum der Spracherwerb von größter Bedeutung ist. Sprache wird ein Teil von uns und definiert unsere Identität.

Für diejenigen von uns, die ein zerrissenes nationales Zugehörigkeitsbewusstsein haben, erweist sich die Integration in eine neue Kultur als schwieriger. Es wäre das dritte Mal, dass sich der Denk-Algorithmus ändert. Ein neues, für solche Fälle sensibilisiertes Programm wäre viel effektiver. Der Wunsch nach Integration ist ein entscheidender Faktor. Allerdings sollte die Fähigkeit, neue Informationen schnell zu verarbeiten, ebenso nicht außer Acht gelassen werden wie der Grad der emotionalen und kognitiven Abnutzung. Wir haben die kurvenreiche Straße auf der Suche nach verlorener Identität satt.

Im Bundesstaat Mexiko sind Ermittlung und Prävention von Frauenmorden äußerst mangelhaft.

MEXIKO

GERECHTIGKEIT FÜR GETÖTETE FRAUEN

Beitrag für einen Plakatwettbewerb. 2020 rief Amnesty International Mexiko Designer*innen dazu auf, sich mit dem Thema „Gewalt gegen Frauen“ auseinanderzusetzen und ein Plakat oder eine Illustration dazu zu entwerfen.
© Irène Jameux

Aus Recherchen von Amnesty International geht hervor, dass im Bundesstaat México - einem von 32 Bundesstaaten der Republik Mexiko - die Ermittlungen in Fällen von Feminiziden, denen Verschwindenlassen vorausgeht, mit Mängeln behaftet sind. Häufig gehen Beweismittel verloren, die verschiedenen Ermittlungsstränge werden nicht ausreichend verfolgt, und das Konzept einer Gender-Perspektive (perspectiva de género) wird nicht angemessen angewendet. Darüber hinaus müssen die Familienangehörigen Zeit und Geld aufwenden, sowohl für eigene Nachforschungen als auch um entsprechenden Druck auf die Behörden auszuüben. Zudem laufen sie häufig Gefahr, von den mutmaßlichen Verantwortlichen oder gar den Behörden selbst bedroht zu werden.
All dies behindert den Justizprozess und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Täter straffrei ausgehen. Das Recht der Familien auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung wird somit stark eingeschränkt.
Von den insgesamt 32 Bundesstaaten Mexikos verzeichnet México eine besonders hohe Quote geschlechtsspezifischer Gewalt. Laut Angaben des Sekretariats für Öffentliche Sicherheit (Secretariado Ejecutivo del Sistema Nacional de Seguridad Pública) wurden in México zwischen dem 1. Januar und 31. Oktober 2022 mindestens 120 Feminizide begangen – mehr als in jedem anderen mexikanischen Bundesstaat.

HUNDERTE FRAUEN VERSCHWUNDEN. Ebenfalls besorgniserregend sind die zahlreichen Fälle des Verschwindenlassens von Frauen und Mädchen im Bundesstaat México. Daten der Nationalen Suchkommission (Comisión Nacional de Búsqueda) zeigen auf, dass der

Verbleib von 353 Frauen und Mädchen, die zwischen dem 1. Januar und 31. Oktober 2022 in dem Bundesstaat als vermisst gemeldet wurden, nach wie vor ungeklärt ist.

ENTSCHULDIGUNG GEFORDERT. Vor diesem Hintergrund hatte der Generalstaatsanwalt von México zu vier Fällen von Verschwindenlassen und Feminizid eine öffentliche Entschuldigung versprochen. Hierbei handelt es sich um die Fälle von: Nadia Muciño Márquez, die 2004 verschwand und getötet wurde; Daniela Sánchez Curiel, die 2015 verschwand und deren Verbleib unbekannt ist – ihre Familie geht davon aus, dass sie Opfer eines Feminizids wurde; Diana Velázquez Florencio, die 2017 verschwand und getötet wurde; und Julia Sosa Conde, die 2018 verschwand und getötet wurde.
Ein öffentliche Entschuldigung würde folgende Faktoren anerkennen:
▶ die Defizite bei der Untersuchung dieser Fälle;
▶ den Mangel an wirksamen Maßnahmen, um geschlechtsspezifische Gewalt im Bundesstaat México zu verhindern, zu untersuchen, zu verfolgen und zu bestrafen; und
▶ das schiere Ausmaß der geschlechtsspezifischen Gewalt im Bundesstaat México.

AMNESTY FORDERT. Entsprechend Paragraf 4, Abschnitt XVI des mexikanischen Gesetzes zum Verschwindenlassen (Ley General en Materia de Desaparición Forzada de Personas, Desaparición Cometida por Particulares y del Sistema Nacional de Búsqueda de Personas) fordert Amnesty International das Büro des Generalstaatsanwalts des Bundesstaates México auf, die öffentliche Entschuldigung abzugeben und die Rechte der Opfer und ihrer Familien auf Gerechtigkeit und umfassende Entschädigung zu gewährleisten. Der Generalstaatsanwalt des Bundesstaates México sagte am 15. November zum dritten Mal eine öffentliche Veranstaltung ab, in deren Zentrum eine Entschuldigung an die Betroffenen von Feminiziden hätte stehen sollen. Dies stellt einen Rückschritt für Frauenrechte in Mexiko dar.
Amnesty International fordert das Büro des Generalstaatsanwalts auf, die öffentliche Entschuldigung umgehend abzugeben und die Rechte der Opfer und ihrer Familien auf Gerechtigkeit und umfassende Wiedergutmachung zu gewährleisten.

GEWALT GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN IN LATEINAMERIKA

Aus dem Amnesty-Jahresbericht 2021/22

Die Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen waren im gesamten lateinamerianischen Raum unzureichend, und die Untersuchung von Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt blieb häufig mangelhaft.

So gab es 2021 in MEXIKO weiterhin ein hohes Ausmaß an Gewalt gegen Frauen. Im Laufe des Jahres wurden 3.427 Tötungen von Frauen registriert; in 887 der Fälle wurden Ermittlungen wegen des Straftatbestands Femizid eingeleitet. In KOLUMBIEN, wo die Beobachtungsstelle für Femizide in den ersten acht Monaten des Jahres 432 Femizide registrierte, verübten Sicherheitskräfte ebenfalls regelmäßig sexualisierte Gewalttaten an Frauen.

Sowohl PARAGUAY als auch PUERTO RICO riefen wegen der zunehmenden Gewalt gegen Frauen 2021 den Notstand aus. Auch in Peru und Uruguay stieg die Gewalt gegen Frauen deutlich an. In Puerto Rico wurden bis Mai 511 Fälle häuslicher Gewalt angezeigt – und damit deutlich mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

In PERU wurden 146 Frauen Opfer von Femiziden, im Vorjahr hatte die Zahl bei 136 gelegen. Zudem „verschwanden" zwischen Jänner und Oktober 12.084 Frauen, und 25 Prozent der Femizide in Peru waren zuvor als Fälle des Verschwindenlassens gemeldet worden.

In VENEZUELA gab es laut Generalstaatsanwaltschaft bei den Strafverfolgungsbehörden 72 Stellen, die auf Ermittlungsverfahren bei geschlechtsspezifischer Gewalt spezialisiert waren. Lokale NGOs stellten jedoch deren Wirksamkeit infrage, und das Zentrum für Gerechtigkeit und Frieden (Centro de Justicia y Paz) dokumentierte von Jänner bis Oktober 235 Femizide im Land.

VIER JAHRE HAFT FÜR STAATSANWÄLTIN

Weil Virginia Laparra unerbittlich Korruption bekämpfte und ein Verfahren gegen einen Richter einleitete, wurde sie selbst strafrechtlich verfolgt und verurteilt.

In Guatemala inhaftiert: Die Staatsanwältin Virginia Laparra.
© Courtesy from Verdad y Justicia Guatemala, 2022

SETZ DICH EIN!
Bitte schick den Appellbrief noch im März ab.

Die 42-jährige Dr. Virginia Laparra arbeitete als Juristin und Leiterin der Sonderstaatsanwaltschaft (Fiscalía Especial contra la Impunidad) in Quetzaltenango gegen Korruption. 2018 leitete sie ein Verfahren gegen einen Richter ein, der geheime Informationen über einen Korruptionsfall herausgegeben hatte. Nach einer Strafanzeige des Richters gegen Dr. Virginia Laparra wurde ein strafrechtliches Verfahren gegen sie eingeleitet. Im Dezember 2022 wurde die Staatsanwältin zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, nur weil sie Korruption in Guatemala entschlossen bekämpfte, dem Druck von außen nicht nachgab und ihrer Arbeit als Staatsanwältin unabhängig nachging. Dr. Virginia Laparra ist eine gewaltlose politische Gefangene und muss umgehend und bedingungslos freigelassen werden. Außerdem benötigt sie dringend medizinische Versorgung.
Menschenrechtsorganisationen beobachten, dass Personen, die sich gegen Korruption in Guatemala einsetzen, immer häufiger als Vergeltung für ihre Arbeit angegriffen oder bedroht werden.
„Virginia Laparra wird allein deshalb verfolgt, weil sie ihre Funktion als Staatsanwältin unabhängig ausübt. Amnesty International betrachtet sie daher als Gefangene aus Gewissensgründen und fordert ihre sofortige und bedingungslose Freilassung. Es ist unentschuldbar, dass die höchsten guatemaltekischen Behörden zugelassen haben, dass dieser Fall von den Gegnern des Kampfes gegen Straflosigkeit und Korruption instrumentalisiert wird. Die grundlose strafrechtliche Verfolgung von Verantwortlichen der Justiz, die in diesem Kampf eine herausragende Rolle gespielt haben, muss sofort beendet werden“, sagte Erika Guevara-Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International.

UNZULÄNGLICHKEITEN DER JUSTIZ. Amnesty International ist zutiefst besorgt über die Unzulänglichkeiten und Unregelmäßigkeiten im Verfahren gegen Virginia Laparra. Dazu gehören u.a. der fehlende Nachweis der mutmaßlichen Straftat, die Strafverfolgung der ehemaligen Staatsanwältin aus denselben Gründen vor zwei verschiedenen Richtern und die Instrumentalisierung des Strafverfahrens, um ihr ohne Begründung die Freiheit zu entziehen. Die Organisation kommt zu dem Schluss, dass die Rechte der ehemaligen Staatsanwältin Laparra auf ein ordnungsgemäßes Verfahren und einen fairen Prozess verletzt wurden, was auch eine willkürliche Inhaftierung wegen ihrer Arbeit zur Untersuchung von Korruptionsfällen darstellt. Diese Faktoren sowie die heftigen Hetzkampagnen in den sozialen Medien sind charakteristisch für die Kriminalisierungsmuster in dem Land, die Amnesty International seit Jahren dokumentiert.

THAILAND

AKTIVIST*INNEN FREILASSEN!

In Thailand gehen die Behörden weiterhin hart gegen friedliche Proteste vor. Hunderte Menschen stehen in Zusammenhang mit den Protesten bereits unter Anklage.

Die thailändische Regierung inhaftiert willkürlich Personen, die an friedlichen Protesten teilnehmen. Unter den Inhaftierten sind die Studentin Nutthanit „Bai Por“ Duangmusit, die Jurastudentin Tantawan „Tawan“ Tuatulanon, der Radiologietechniker Sopon „Get“ Surariddhidhamrong und Orawan „Bam“ Phuphong. Orawan Phuphongs und Tantawan Tuatulanons Leben und Gesundheit sind nun durch einen Hungerstreik in Gefahr, den sie am 18. Jänner 2023 angetreten haben. Sie nehmen auch keine Flüssigkeiten zu sich.

Die Regierung ließ strafrechtliche Verfahren gegen die vier Aktivist*innen sowie hunderte weitere Personen einleiten, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung wahrgenommen haben.

Die Behörden nutzen vage formulierte gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der nationalen Sicherheit, die es ihnen erlauben, die friedliche Ausübung von Rechten als Straftaten zu interpretieren. UN-Menschenrechtsexpert*innen haben die Behörden bereits aufgefordert, diese gesetzlichen Bestimmungen, einschließlich Paragraf 116 über Aufwiegelung und Paragraf 112 über Beleidigungen der Monarchie, zu ändern oder aufzuheben.

KEINE FREILASSUNG GEGEN KAUTION. Die Freilassung gegen Kaution von Nutthanit Duangmusit und Sopon Surariddhidhamrong wurde nun von den Behörden rückgängig gemacht, weil sie im November 2022 friedlich an einem Protest im Rahmen des APEC-Gipfels (Asiatisch-Pazifischer Wirtschaftsgipfel) teilgenommen hatten.

Sie standen zuvor unter strengen Kautionsauflagen, die ihr Recht auf Bewegungsfreiheit, friedliche Versammlung und Meinungsäußerung stark eingeschränkt hatten. Nutthanit Duangmusit, Orawan Phuphong und Tantawan Tuatulanon werden angeklagt, weil sie in Straßenumfragen die Meinung der Bevölkerung eingeholt hatten.

Die thailändische Aktivistin Nutthanit „Baipor“ Duangmusitseit erlitt nach einer gerichtlichen Anhörung am 18. Juli 2022 in Bangkok einen Schwächeanfall.
© Ginger Cat

ANKLAGE WEGEN MAJESTÄTSBELEIDIGUNG. Sopon Surariddhidhamrong steht wegen Reden, die er bei Protesten im Jahr 2022 gehalten hatte, unter Anklage. Ihm werden unter anderem Aufwiegelung und Majestätsbeleidigung vorgeworfen, was jahrzehntelange Haftstrafen nach sich ziehen kann.

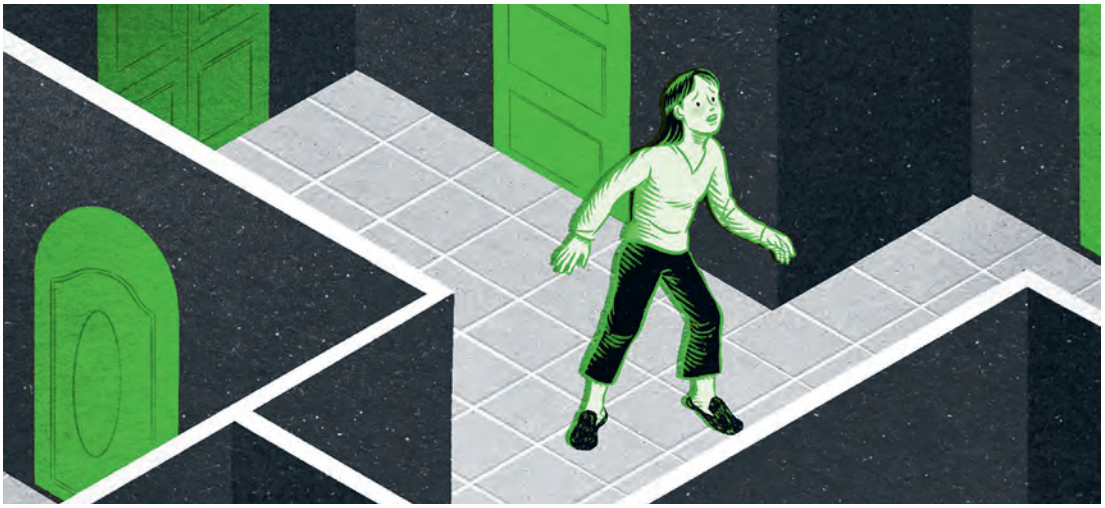
Internationale Menschenrechtsnormen verpflichten die thailändische Regierung dazu, die Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung zu respektieren, wirksam zu schützen und zu gewährleisten. Die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen hat ebenfalls festgestellt, dass die Praxis der Regierung, Menschen wegen des Verdachts auf Majestätsbeleidigung strafrechtlich zu verfolgen und willkürlich inhaftieren zu lassen, gegen internationale Menschenrechtsverpflichtungen verstößt.

SETZ DICH EIN!
Bitte schick den Appellbrief noch im März ab.

SÜDKOREA

GOOGLE MUSS OPFER VOR SEXUELLER GEWALT IM INTERNET SCHÜTZEN

Opfer von Online-Gewalt in Südkorea werden erneut traumatisiert, weil Googles unzureichendes Meldesystem nicht schnell genug reagiert.



© Amnesty International

PETITION!
Fordere Google auf, Frauen und Mädchen im Internet vor sexueller Gewalt im Internet zu schützen.
amnesty.org/en/petition/google-protect-survivors-of-online-sexual-abuse

Südkorea wurde im Jahr 2020 von einem massiven digitalen Verbrechen erschüttert, bei dem über 1.000 Frauen und Mädchen erpresst wurden, sexuell freizügiges Material von sich an die Täter zu schicken, die dann den Zugang dazu an Chatrooms in der Messaging-App Telegram verkauften. Etwa 60.000 Personen waren davon betroffen.
Strafverfahren zeigen, dass die Täter die Betroffenen mit vorhandenen Videoinhalten bedrohen, um sie zu zwingen, weitere sexuell demütigende Inhalte zu produzieren.
Zwar wurden die Haupttäter vor Gericht gestellt, doch gibt es weiterhin ähnliche Fälle, und das Durchschnittsalter der Überlebenden wird immer jünger. Die Opfer leiden nach wie vor psychisch und physisch, sie leiden oft unter starken Ängsten, die dazu führen, dass sie sich von der Gesellschaft isolieren – verstärkt durch die soziale Stigmatisierung, die sie oft daran hindert, sich zu äußern.

DIGITALE SEXUALVERBRECHEN. „Während eine Welle digitaler Sexualverbrechen in Südkorea den betroffenen Frauen und Mädchen schweren Schaden zufügt, verschlimmert Googles unzureichendes System zur Meldung nicht einvernehmlicher expliziter Inhalte die Situation noch“, erläutert Jihyun Yoon, Direktorin von Amnesty International Korea.

Dies zeigt, dass Frauen und Mädchen, wenn die nicht einvernehmlichen Inhalte und persönlichen Informationen der Überlebenden nicht gelöscht werden, weiteren Schäden oder Verbrechen ausgesetzt sind, selbst wenn die ursprünglichen Täter bestraft werden.
Viele Technologieunternehmen haben ihre Meldesysteme zum Schutz der Opfer verbessert. Aber eines der größten Unternehmen der Welt, Google, handelt nicht schnell genug. Das unzureichende Meldesystem von Google ist nicht nur schwer zu durchschauen, sondern auch inkonsistent und schwer zu verfolgen. Dies hat dazu geführt, dass den Überlebenden nicht schnell und transparent geholfen werden konnte, was bedeutet, dass ihre erzwungenen freizügigen Fotos gegen ihre Zustimmung länger online bleiben und ihr Leid noch verschlimmern.
Die Lösung ist einfach: ein besseres Meldesystem, das auf die Bedürfnisse der Opfer eingeht, wenn Missbrauch geschieht. Aber das wird nur geschehen, wenn wir es gemeinsam fordern. Wenn wir Druck auf Google ausüben können, damit es sein Meldesystem verbessert, können wir dazu beitragen, Überlebende von sexueller Gewalt im Internet zu schützen und lang anhaltende Schäden und Ängste zu verhindern.

PALÄSTINA

ZWEI SCHWESTERN IN GEFAHR

Die beiden Schwestern Wissam und Fatimah al-Tawil waren vor ihrem gewalttätigen Vater geflohen. Palästinensische Sicherheitskräfte brachten die beiden Frauen aus dem Gazastreifen wieder zurück. Seitdem hat man nichts mehr von ihnen gehört.

Die 24-jährige Wissam al-Tawil und ihre 20-jährige Schwester Fatimah al-Tawil waren in ihrem Zuhause im Geflüchtetenlager Rafah im Gazastreifen monatelang verschiedensten Formen schwerer Gewalt vonseiten ihres Vaters ausgesetzt. Zu den Gewalttaten gehört unter anderem wiederholter Freiheitsentzug. So wurden sie in einem verschlossenen Raum festgehalten, in einem Fall sogar 36 Tage lang. Ihr Vater schlug sie, versuchte, sie ständig einzuschüchtern, drohte ihnen mit weiterer Gewalt und Mord und „verhörte" sie mit vorgehaltener Waffe. Amnesty International konnte dies nach der Prüfung diverser Dokumente, Bilder und Videos und nach Gesprächen mit den beiden Schwestern und ihren Bekannten bestätigen.

SPRUNG AUS DEM 6. STOCKWERK. Im September 2022 waren die beiden Schwestern aus ihrem Haus geflohen, indem sie aus einem Fenster im sechsten Stock sprangen. Anschließend waren sie in einer Unterkunft für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Mädchen untergekommen. Bereits im August 2022 hatten sie Beschwerde bei der Polizei eingereicht. Sie schilderten dort die Gewalt, der sie ausgesetzt waren und die sie dazu zwang, Schutz zu suchen. Die Behörden, darunter auch der Leiter der von der Regierung betriebenen Unterkunft für Frauen, verhinderten jedoch, dass die Schwestern mit Vertreter*innen der Staatsanwaltschaft sprechen und ihre Beschwerde weiterverfolgen konnten.
Ihr Vater nutzte seit ihrer Flucht seine Facebook-Seite und einen Kreis von Unterstützer*innen im Geflüchtetenlager Rafah, um die beiden Schwestern weiter zu bedrohen, ihre Rückführung durch die Polizei, auch unter Gewaltanwendung, zu fordern und ihren Ruf zu schädigen. Am 5. Jänner 2023 brachten palästinensische Sicherheitskräfte sie schließlich zu ihrem gewalttätigen Vater zurück. Seitdem hat man nichts mehr von ihnen gehört. Die palästinensische Regierung hatte zuvor bestätigt, dass den Frauen Schutz gewährt werden würde. Die palästinensischen Behörden sind dazu verpflichtet, sich gegen geschlechtsspezifische Gewalt einzusetzen, insbesondere wenn sie sich – wie in diesem Fall – der besonderen Risiken bewusst sind.

„DAS IST UNSER UNTERGANG". In einem Artikel, der am 24. Dezember 2022 auf der Nachrichtenseite *raseef22.net* veröffentlicht wurde, hatte Wissam al-Tawil mutig von ihrem Leidensweg erzählt und ihre Solidarität für alle Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesprochen. Ende 2022 haben Wissam und Fatimah al-Tawil außergewöhnlichen Mut bewiesen, indem sie sich gegen die Gewalt, die sie erlebt haben, aussprachen, und ihre Erfahrungen über soziale Netzwerke mit anderen teilten. Auch die Drohungen auf der Facebook-Seite ihres Vaters konnten sie nicht davon abhalten, ihre Geschichte weiterhin zu erzählen. Die Schwestern sagten, dass sie nicht nur für sich selbst sprechen, sondern für alle Frauen, die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind.
Die beiden Frauen hatten am 25. Oktober 2022 versucht, den Gazastreifen über den Grenzübergang Rafah zu verlassen, wurden allerdings von den palästinensischen Behörden darüber informiert, dass sie nicht ausreisen dürfen. Seitdem hatten die beiden Frauen wiederholt um eine Ausreisegenehmigung gebeten. Die Behörden weigerten sich jedoch jedes Mal diese auszustellen – ohne ein gerichtlich angeordnetes Reiseverbot.

SETZ DICH EIN!
Bitte schick den Appellbrief noch im März ab.

WIR ÜBER UNS

Danke für Deine Solidarität und Deine Unterstützung!

Die Auswirkungen der Pandemie auf unsere Arbeit waren auch 2022 noch spürbar. Veranstaltungen wurden auch im Vorjahr abgesagt oder mussten besonders sorgfältig geplant werden. Einige Mitglieder verließen uns, als der berufliche Arbeitsdruck stieg, Neue kamen motiviert in die Gruppe.

UNSERE GRUPPE. Das Netzwerk Frauenrechte ist divers, es besteht aus etwa 15 Aktivist*innen der verschiedensten Altersgruppen. Die unterschiedlichen beruflichen Hintergründe, Herkunftsländer, Erfahrungen, Fähigkeiten und Interessen bereichern unsere Arbeit. Männer finden sich – mit wenigen Ausnahmen – kaum für unser Frauenrechtsengagement.
Bei den Gruppentreffen, etwa alle drei Wochen, besprechen wir Aufgaben, anstehende Aktionen und Kampagnen. Wir bereiten Material auf, behandeln Länder- und Themenberichte, erstellen und versenden Appellfälle. Jedes Gruppenmitglied soll möglichst die Arbeit übernehmen, die ihr zusagt, etwa die Betreuung der Website und der sozialen Medien, Übersetzungen, Organisation von Aktionen, Beiträge für die AKTIV.IST.IN, Kooperationen mit anderen NGOs und Initiativen etc. Auch inhaltliche Diskussionen stehen natürlich immer wieder auf dem Programm.

UNSERE MEDIEN. Vier Mal im Jahr verschicken wir unsere Zeitschrift AKTIV.IST.IN. 2022 konnten wir durch eine große Werbeaktion des Amnesty-Fundraisingteams die Auflage beachtlich erhöhen, wofür wir sehr dankbar sind.
In unserem monatlichen Newsletter ersuchen wir um Unterstützung bei Appellfällen, informieren zu unterschiedlichen Themen und weisen auf Aktionen hin. Weiters informieren wir über unsere Webseite, auf Facebook, Instagram und Twitter.

DIE AUSSTELLUNG „FROM EVIN WITH LOVE". Die größte und erfolgreichste Veranstaltung 2022 war die Ausstellung ***From Evin with Love*** vom 4.- 15. Mai im Wiener Volkskundemuseum. Drei Frauen aus unserer Gruppe organisierten sie mit enormem Zeitaufwand und Herzblut gemeinsam mit dem Museum. Die tatkräftige Unterstützung der Amnesty-Geschäftsleiterinnen Aurélie Tournan und Anne Schlack bescherten uns zusätzliche Besucher*innen und Aufmerksamkeit.
Die ungewöhnliche Ausstellung zeigte Handarbeiten von mutigen Frauen, die wegen ihres Einsatzes für Gerechtigkeit, für Menschenrechte und politische Reformen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Die meisten von ihnen waren oder sind noch im Evin-Gefängnis in Teheran inhaftiert.
In den langen Jahren ihrer Haft leiden die Frauen besonders unter der Trennung von ihren Familien, von den oft noch sehr jungen Kindern, die sie nur selten sehen dürfen. Ihren Schmerz, ihre Sehnsucht, ihre Liebe nähen, weben, sticken, kleben und schreiben sie ein in Gegenstände, die sie ihren Lieben überreichen oder schicken können.
Besonders motivierten und freuten uns die persönlichen Begegnungen mit den Frauenrechtsaktivistinnen im Exil - mit den Kuratorinnen der Ausstellung Mansoureh Shojaee und Parastou Forouhar, sowie der Journalistin und Feministin Shiva Nazar Ahari.

AKTIONEN. Am 2. Juli besuchte das Netzwerk Frauenrechte mit Amnesty-Freund*innen der Region Wien wie jedes Jahr den 2011

Ausstellung From Evin with Love: Die Kuratorin und iranische Menschenrechtsverteidigerin im Exil Mansoureh Shojaee / Exponate

gesetzten „Bedenkstein“ im Wiener Donaupark für die Menschen/Frauenrechte im Iran (Bild oben), und wir hielten unser jährliches Picknick. Frauenrechte im Iran sind ja seit Jahren ein Schwerpunkt unseres Einsatzes.

Am 15. August 2022 jährte sich die Schreckensherrschaft der Taliban in Afghanistan. Zu diesem traurigen Jahrestag organisierte die *Soligruppe Afghanistan* eine Kundgebung vor dem Haus der Europäischen Union in Wien ab: Ein Jahr Taliban ist ein Jahr zu viel. Wir und weitere Amnesty-Aktivist*innen waren mit Transparenten und Info-Flyern dabei.

Das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte hielt, gemeinsam mit Aktivistinnen aus Wiener Gruppen und der Geschäftsführerin Aurélie Tournan, am 25. November, dem Tag gegen Gewalt an Frauen, eine Mahnwache vor der US-Botschaft. Thema und Forderung unserer Aktion: „Keep abortion safe and legal”. Wir wollten damit unsere Solidarität mit den Frauen in den USA, deren Rechte auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch in vielen Staaten drastisch beschnitten wurden, zeigen.

DANKE FÜR DEINE SPENDE. Mit den Spendengeldern decken wir unseren Verwaltungsaufwand ab. Dazu zählen besonders Kosten, die im Zusammenhang mit Veranstaltungen entstehen sowie Druck- und Versandkosten für unsere Zeitschrift AKTIV.IST.IN.
Es freut uns, dass wir im Vorjahr - dank eurer großzügigen Spenden - wieder zwei Einrichtungen unterstützen konnten: Wie seit Jahren das Frauenhaus Panah in Karachi/Pakistan. 2020 spendeten wir noch an NeMolchi Kasachstan, eine Initiative für Gewaltschutz.

Vor der US-Botschaft zu Schwangerschaftsabbruch (oben)
Vor dem Haus der Europäischen Union zu Aghanistan (rechts)

Wir wünschen Dir einen motivierenden und inspirierten

FRAUENTAG 8. MÄRZ

BESUCHE UNS AM 8. MÄRZ AM INFOSTAND IM WIENER RATHAUS. Nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause wird der internationale Frauentag wieder im Rahmen des „Offenen Rathauses“ begangen. Zahlreiche Einrichtungen werden über ihre Angebote für Frauen infomieren. Außerdem wird über Frauenpolitik, Frauengeschichte und Empowerment im Rahmen von Workshops informiert.
An unserem Infotisch kannst du die Arbeit für Frauenrechte bei Amnesty Österreich kennen lernen und deine Solidarität mit Frauen in Gefahr zeigen.
Termin: Mittwoch, 8. März 2023, 15.00 bis 19.30 Uhr
Ort: Wiener Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse 2, 1010 Wien

DIES & DAS

„Wenn Frauen unter Emanzipation die Übernahme der männlichen Rolle verstehen, dann sind wir in der Tat verloren.“

Germaine Greer, australische Autorin und feministische Publizistin, geb. 1939

KOCHEN KANN DIE WELT VERÄNDERN!
Unter diesem Titel steht ein neues Südwind Kochbuch. Mit Rezepten, die nicht nur richtig gut schmecken, sondern etwas bewegen. Charlotte vom WeltTellerFeld verrät darin beispielsweise das Geheimnis hinter ihrer veganen Grünen Sommerpasta. Im Kochbuch gibt es insgesamt 15 ausgezeichnete Rezepte, Infos zu den Ideengeber*innen und spannende Hintergrundinfos zum Thema nachhaltige Ernährungssysteme. Das Buch kann auf suedwind.at für 2 Euro bestellt werden.

Zum 25. November 2022, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, verwandelte die zivilgesellschaftliche Kampagnenorganisation *#aufstehn* den Wiener Minoritenplatz beim Frauenministerium in eine Gedenkstätte für getötete Frauen. Mit dem „Friedhof der Femizide“ schufen sie einen Raum der gemeinsamen Trauer und wollten gleichzeitig den zuständigen Politiker*innen den dringenden Handlungsauftrag erteilen, endlich effektiven Gewaltschutz und Gewaltprävention umzusetzen.
Mehr zu Aktionen und Kampagnen auf aufstehn.at

„MIKAELA SHIFFRIN KOMMT NICHT ZUM MONATLICHEN RADFAHREN?!“ Ein peinlicher Übersetzungsfehler eines ORF Kommentators rückt den Einfluss des monatlichen Zyklus im Spitzensport in den Fokus. US-Skistar Shiffrin sprach in einem Interview über ihre Menstruation, und wie diese sich auf ihre sportliche Leistung auswirke: „I'm kind of in an unfortunate time of my monthly cycle.“ Übersetzt wurde dies jedoch leider mit: „Ich komm nicht mal zum Radfahren, was ich sonst immer jeden Monat mach.“
Dieser peinliche Übersetzungsfehler hat im Internet hohe Wellen geschlagen und – zu Recht – auch für viel Empörung gesorgt. Denn der Vorfall zeigt sehr offensichtlich, dass Menstruation im Profisport immer noch tabuisiert wird. Und dass, obwohl sie zweifelsfrei einen großen Einfluss auf die Leistungsfähigkeit der Sportlerinnen haben kann. Danke Mikaela Shiffrin, dass du so offen über dieses Thema sprichst!

PATENSCHAFTEN FÜR IHNHAFTIERTE IM IRAN. Österreichische Abgeordnete übernahmen im Dezember 2022 183 Patenschaften für Inhaftierte im Iran. Sie wollen damit die Welle an Hinrichtungen stoppen und Aufmerksamkeit für die Inhaftierten erreichen. Die FPÖ beteiligt sich nicht an der Aktion, stattdessen sprangen Bundesräte ein. Davor hatte der Nationalrat die Verhängung der Todesstrafe im Zusammenhang mit den Protesten im Iran einstimmig verurteilt.
Quelle: DerStandard

POLEN: 14-JÄHRIGER WURDE SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH VERWEIGERT. Das Mädchen war von ihrem Onkel vergewaltigt worden. Ärzt*innen im Osten des Landes verweigerten einen Schwangerschaftsabbruch. Dieser wurde schließlich in Warschau durchgeführt. Gesundheitsminister Adam Nedzielski hatte sich in den Fall des 14-jährigen geistig behinderten Mädchens eingeschaltet, das sich nach einer Vergewaltigung lange vergeblich um einen Schwangerschaftsabbruch bemüht hatte. Mehrere Mediziner*innen hatten sich auf eine Gewissensklausel berufen.
Seit Inkrafttreten eines fast vollständigen Verbots im Jahr 2021 sind Schwangerschaftsabbrüche in Polen nur dann zulässig, wenn die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung ist oder das Leben oder die Gesundheit der Frau gefährdet sind. Frauenrechtsgruppen fordern erneut, die Gesetze zu Schwangerschaftsabbruch zu lockern.
Quelle: dieStandard

Absender*in:

_____

_____

_____

_____

Fiscal General
Sra. Maria Consuelo Porras Argueta
Ministerio Público, Oficina de la Fiscal
General, 80 Nivel
15 Avenida A 15-16
Ciudad de Guatemala
GUATEMALA

Dear Mrs Attorney General,

42-year-old **Dr. Virginia Laparra** was sentenced to 4 years in prison in December 2022 solely for doing her work as an independent anti-corruption prosecutor without bowing to pressure. 2018, she initiated proceedings against a judge who had leaked information on a corruption case which was under secrecy. In retaliation, the Judge filed a criminal complaint against her.

Dr. Virginia Laparra is a prisoner of conscience and must be released immediately and unconditionally. She is in need of immediate medical attention.

I therefore urge you to call for the dropping of all charges against Dr. Virginia Laparra and to request her immediate and unconditional release.

Please make sure that she receives prompt and proper medical attention with doctors of her choice.

Yours sincerely,

Sehr geehrte Frau Generalstaatsanwältin,

die 42-jährige Staatsanwältin Dr. Virginia Laparra wurde im Dezember 2022 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, nur weil sie Korruption in Guatemala entschlossen bekämpft. 2018 leitete sie ein Verfahren gegen einen Richter ein, der geheime Informationen über einen Korruptionsfall herausgegeben hatte. Als Vergeltungsmaßnahme erstattete der Richter Strafanzeige gegen sie.

Sie ist eine gewaltlose politische Gefangene und muss umgehend und bedingungslos freigelassen werden. Außerdem benötigt sie dringend medizinische Versorgung.

Ich fordere Sie deshalb höflich auf, das Urteil gegen Dr. Virginia Laparra umgehend aufzuheben und ihre sofortige und bedingungslose Freilassung zu veranlassen.

Bitte stellen Sie außerdem sicher, dass sie bis zu ihrer Freilassung angemessene medizinische Hilfe von Ärzt*innen ihrer Wahl erhält.

Mit freundlichen Grüßen

Absender*in:

_____

_____

_____

_____

Prime Minister
Prayut Chan-O-Cha
Office of the Prime Minister
Government House, Pitsanulok Road
Bangkok 10300
THAILAND

Dear Prime Minister,

I am concerned that your government has arbitrarily detained individuals for their peaceful involvement in protests, including university student **Nutthanit „Bai Por“ Duangmusit**, radiological technician **Sopon „Get“ Surariddhidhamrong, Orawan „Bam“ Phuphong,** and law student **Tantawan „Tawan“ Tuatulanon**. I am alarmed that the lives and health of Orawan and Tantawan may be at risk as they have been on dry hunger strike since 18 January 2023.

I regret that your government has filed criminal proceedings against hundreds of people, including these four individuals, for exercising their rights to freedom of expression and freedom of peaceful assembly.

Thailand's international human rights commitments oblige your government to effectively respect, protect and fulfil the human rights to freedom of expression and peaceful assembly. The UN Working Group on Arbitrary Detention has also found your government's practice of prosecuting and arbitrarily detaining lèse majesté suspects to be in breach of its international human rights obligations.

Therefore, I call on you to immediately and unconditionally release, withdraw charges and end imposing excessive bail conditions against people who have been targeted simply for exercising of their human rights and drop all criminal proceedings against them. Urgently ensure hunger striking activists are protected from torture and other ill-treatment and provided with health care in compliance with medical ethics, including the principles of confidentiality, autonomy, and informed consent. Instruct government officials to uphold Thailand's international human rights obligations, including on arbitrary detention, freedom of expression, association and peaceful assembly.

Yours sincerely,

Sehr geehrter Herr Premierminister,

immer wieder werden in Ihrem Land Menschen willkürlich inhaftiert, die an friedlichen Protesten teilnehmen. Unter den Inhaftierten sind die Studentin Nutthanit „Bai Por“ Duangmusit, die Jurastudentin Tantawan „Tawan“ Tuatulanon, der Radiologietechniker Sopon „Get“ Surariddhidhamrong und Orawan „Bam“ Phuphong. Orawan Phuphongs und Tantawan Tuatulanons Leben und Gesundheit sind nun durch einen Hungerstreik in Gefahr, den sie am 18. Januar 2023 angetreten haben. Sie nehmen auch keine Flüssigkeiten zu sich.

Ihre Regierung ließ strafrechtliche Verfahren gegen die vier Aktivist*innen sowie hunderte weitere Personen einleiten, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung wahrgenommen haben.

Internationale Menschenrechtsnormen verpflichten die thailändische Regierung dazu, die Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung zu respektieren, wirksam zu schützen und zu gewährleisten. Die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen hat ebenfalls festgestellt, dass die Praxis der Regierung, Menschen wegen des Verdachts auf Majestätsbeleidigung strafrechtlich zu verfolgen und willkürlich inhaftieren zu lassen, gegen internationale Menschenrechtsverpflichtungen verstößt.

Bitte lassen Sie alle genannten Personen umgehend und bedingungslos frei und/oder lassen Sie die Anklagen gegen sie fallen und nehmen Sie die überzogenen Auflagen ihrer Freilassung gegen Kaution zurück. Stellen Sie auch alle Strafverfahren gegen Menschen ein, die lediglich ihre Menschenrechte ausgeübt haben. Stellen Sie bitte sicher, dass die Aktivist*innen, die sich im Hungerstreik befinden, vor Folter und anderweitiger Misshandlung geschützt werden und Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten, die den Grundsätzen der Vertraulichkeit, der Patient*innenautonomie und der Zustimmung nach Inkenntnissetzung entspricht. Weisen Sie die zuständigen Beamt*innen an, Thailands internationale Menschenrechtsverpflichtungen einzuhalten und die Rechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit zu wahren, sowie willkürliche Inhaftierungen zu verhindern.

Hochachtungsvoll

Absender*in:

_____

_____

_____

_____

Palästinensische Mission
S.E. Herr Layth A. O. Arafa
Rheinbabenallee 8
14199 Berlin
DEUTSCHLAND

Sehr geehrter Herr Minister,

Die 24-jährige **Wissam al-Tawil** und ihre 20-jährige Schwester **Fatimah al-Tawil** waren in ihrem Zuhause im Geflüchtetenlager Rafah im Gazastreifen monatelang verschiedensten Formen schwerer Gewalt vonseiten ihres Vaters ausgesetzt. Zu den Gewalttaten gehört unter anderem wiederholter Freiheitsentzug. So wurden sie in einem verschlossenen Raum festgehalten, in einem Fall sogar 36 Tage lang. Ihr Vater schlug sie, versuchte sie ständig einzuschüchtern, drohte ihnen mit weiterer Gewalt und Mord und „verhörte" sie mit vorgehaltener Waffe. Amnesty International konnte dies nach der Prüfung diverser Dokumente, Bilder und Videos und nach Gesprächen mit den beiden Schwestern und ihren Bekannten bestätigen.
Im September 2022 waren die beiden Schwestern aus ihrem Haus geflohen, indem sie aus einem Fenster im sechsten Stock sprangen. Anschließend waren sie in einer Unterkunft für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Mädchen untergekommen. Bereits im August 2022 hatten sie Beschwerde bei der Polizei eingereicht. Die Behörden, darunter auch der Leiter der von der Regierung betriebenen Unterkunft für Frauen, verhinderten jedoch, dass die Schwestern mit Vertreter*innen der Staatsanwaltschaft sprechen und ihre Beschwerde weiterverfolgen konnten.
Am 5. Jänner 2023 brachten palästinensische Sicherheitskräfte sie schließlich zu ihrem gewalttätigen Vater zurück. Seitdem hat man nichts mehr von ihnen gehört.

Ich fordere Sie auf, nachzuweisen, dass Wissam und Fatimah al-Tawil am Leben sind und sich in Sicherheit befinden. Die palästinensischen Behörden sind dazu verpflichtet, die Schwestern vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen, ihre Sicherheit zu gewährleisten und ihr Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes zu respektieren.
Alle rechtlichen Schritte, Maßnahmen zu ihrem Schutz und ihrer Unterstützung, sowie Angebote für Betroffene und Überlebende von häuslicher und/oder geschlechtsspezifischer Gewalt müssen auf das Recht auf Selbstbestimmung von Frauen ausgerichtet sein und dieses stärken. Es müssen Rechenschaftsmechanismen eingeführt werden, die sowohl Täter*innen vor Gericht bringen als auch Betroffenen Zugang zu vollumfänglicher Unterstützung gewähren.
Außerdem müssen die Sicherheitskräfte, die Wissam und Fatimah al-Tawil festgenommen und ihrem Vater ausgeliefert haben, zur Rechenschaft gezogen werden.

Hochachtungsvoll,

PIONIERIN DER UKRAINISCHEN FRAUENBEWEGUNG

Nataliya Kobrynska gründete einen Frauenverein, setzte sich unermüdlich und oft missverstanden für die Bildung von Mädchen ein und verzichtete sogar auf eigene Kinder, um sich ganz dem Kampf um Frauenrechte zu widmen.

© Public domain / Wikimedia Commons

NATALIYA KOBRYNSKA
1851 - 1920

Sie gilt heute als Pionierin der ukrainischen Frauenbewegung, war als Schriftstellerin tätig und gründete 1883 einen Frauenverein und einen Verlag mit dem Ziel, Bildung für Mädchen zu ermöglichen.
Nataliya Kobrynska wurde 1851 in Galizien (heute: Ukraine) geboren. Zu dieser Zeit wurde Galizien von Polen, der Ukraine und Russland für sich beansprucht. Nataliya sah sich als Ukrainerin. Ihr Vater war ein Priester der griechisch-katholischen Kirche, denen es erlaubt war, zu heiraten. Viele dieser Priester engagierten sich in der Ukraine dafür, dass Frauen höhere Bildung erhalten sollten. So auch Nataliyas Vater – er lobbyierte dafür im Österreichischen Parlament als Reichstagsabgeordneter der Habsburgermonarchie. Nataliya wurde zu Hause unterrichtet, las Weltliteratur und lernte vier Sprachen.

ALLE KRAFT DEM KAMPF FÜR FRAUENRECHTE. 1871 heiratete Nataliya Teofil Kobrynski, der sich ebenfalls als Priester für die Bildung von Mädchen einsetzte. Gemeinsam wollten sie ihr Leben dem Kampf für Frauenrechte widmen. Sie beschlossen, selbst keine Kinder zu haben, um Zeit für Projekte, wie der ukrainischen Übersetzung des Buches „The Subjection of Women“ (dt. Die Hörigkeit der Frau) von John und Harriet Mill, zu haben. Elf Jahre nach der Hochzeit starb Teofil und Nataliya kehrte zu ihrer Familie zurück.
Sie veröffentliche mehrere eigene Kurzgeschichten und Sammelbände mit politischen und literarischen Texten von ukrainischen Frauen. Häufige Themen der Texte waren der Mangel an Erwerbs- und Bildungsmöglichkeiten für Frauen sowie die Frauenbewegung selbst. Es war weltweit einer der ersten Sammelbände, die ausschließlich Texte von Autorinnen und Dichterinnen enthalten. 1891 gründete Nataliya einen Frauenverein mit hundert Mitgliedern in Stanislau und 1883 den Frauenverlag Zinoca biblioteka. Sie war überzeugt, dass Literatur die wirksamste Möglichkeit war, um Frauen zu bilden und sie gleichzeitig für die Frauenbewegung zu gewinnen. Zu dieser Zeit gab es keine Möglichkeit für Frauen, an einem Gymnasium oder einer Universität zu studieren.

FÜR DAS STUDIUM VON FRAUEN. Bereits 1890 startete Natalyia eine Petition für die Zulassung von Frauen an den Universitäten in Galizien und der Bukowina (heute Ukraine und Rumänien). Gemeinsam mit einer Delegation westukrainischer Frauen reiste sie zum Bildungsminister, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Dies wurde von konservativen Kreisen als Angriff auf die heilige Institution Familie gewertet. Nataliya Kobrynska forderte, dass Frauen Bildung erhalten, wählen und arbeiten gehen dürfen. Außerdem versuchte sie zu dieser Zeit, Kindergärten und Gemeinschaftsküchen in ihrem Heimatdorf zu etablieren, um Frauen davon zu überzeugen, dass ein sozialer Wandel möglich sei. Der Versuch, gemeinsam mit ihrem Vater ein Mädchengymnasium für Mädchen aus mehreren Ländern zu errichten, scheiterte.
Sie wurde während ihrer Tätigkeit als Vorsitzende des Frauenvereins und später immer wieder kritisiert, da sie zu der Institution Kirche ein distanziertes Verhältnis hatte und sie ihrer Zeit weit voraus war. Ihre Bemühungen wurden nicht immer angemessen gewürdigt, nicht einmal von den Frauen, denen sie mehr Rechte verschaffen wollte.
In ihren letzten Jahren lebte sie zurückgezogen in ihrem Heimatdorf und widmete sich nur noch ihren literarischen Werken. 1920 starb Nataliya Kobrynska und gemäß ihrem Wunsch stand auf ihrem Grabstein: Mein Herz schmerzt nicht länger.

In unserer Serie über historische Frauenrechtlerinnen stellt Teresa Elser, Mitglied des NW Frauenrechte, Nataliya Kobrynska vor.

Quelle:
Frauen- und genderspezifische Informations- und Dokumentationsstelle Ariadne der Österreichischen Nationalbibliothek, besonders das Projekt: „Frauenbewegungen - Frauen in Bewegung 1848-1938“ (fraueninbewegung.onb.ac.at/node/21054)

IMPRESSUM. Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin: Eigenverlag Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1160 Wien, Lerchenfelder Gürtel 43
Redaktion & Gestaltung: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte / Theresia Kandler
Vereinsregister ZVR: 407408993
Gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung von Amnesty International wiedergeben. Fotos und Beiträge, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International
Amnesty Info – Netzwerk Frauenrechte, Nr. 1, März 2023
Offenlegung: gem § 25 MedienG www.amnesty.at/impressum
Gedruckt auf Recyclingpapier
Wenn du die AKTIV.IST.IN in Zukunft nicht mehr zugesendet bekommen willst, kannst du sie jederzeit durch ein E-Mail an aktiv.ist.in@amnesty.at oder per Post an Amnesty International, Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien abbestellen.

Österreichische Post AG , MZ 02Z 031 256M